Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck - Konto: München 3987

Nr. 8 | München, 20. Februar 1931 | 18. Jahrgang

1931 Wochenkalender 5691

	Febr.	Adar	Bemerkungen
Sonntag	22	5	
Montag	23	6	
Dienstag	24	7	
Mittwoch	25	8	
Donnerst.	26	9	
Freitag	27	10	
Samstag	28	11	תצוה פרשת זכור הפטרה כה אמר ד׳ צבאות פקדתי (I. Sam. 15, 2—34)

Zionistische Ortsgruppe München

Samstag, 21. Februar, abends 8³⁰ Uhr
im Hotel „Rheinischer Hof", Bayerstraße 21

Moses Waldmann
Redakteur der Jüdischen Rundschau:

„Jüdische Jahresbilanz"

*

Mittwoch, 25. Februar, abends 9 Uhr
im Hotel „Deutscher Kaiser", Bahnhofplatz

Rabb. **D. Harry Levy,** Regensburg:

„Zionismus und Religion"

Das Jüdische Echo

Nummer 8 **20. Februar 1931** **18. Jahrgang**

Die neue Palästinaerklärung

Sonnabend, den 14. d. M., wurde in London der bereits angekündigte Brief der Regierung an Dr. Weizmann veröffentlicht. Der Brief ist das Ergebnis der zwischen dem Kabinettskomitee unter Vorsitz Hendersons und der Jewish Agency geführten Verhandlungen. Der Brief ist nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, von dem Vorsitzenden des Komitees Henderson, sondern von Premierminister Macdonald unterschrieben. Damit ist den falschen Vermutungen, die an Hendersons Rolle in dieser Sache geknüpft worden waren (beabsichtigte Unterstellung Palästinas unter das Außenamt), der Boden entzogen, gleichzeitig enthält der Brief das Gewicht einer vom Gesamtkabinett gebilligten Äußerung des Chefs der Regierung. Der Brief lautet:

10, Downing Street,
SW 1.

Sehr geehrter Herr Dr. Weizmann,

(1) Zur Beseitigung gewisser Mißverständnisse und Mißdeutungen, die hinsichtlich der im Weißbuch vom Oktober 1930 dargelegten und im Unterhaus am 17. November 1930 debattierten Politik der Regierung in bezug auf Palästina entstanden sind, und um gewissen kritischen Einwänden der Jewish Agency Rechnung zu tragen, habe ich das Vergnügen, die folgende Erklärung unserer Stellung zu überreichen, **die als eine**

authentische Interpretation des Weißbuches

gelesen werden soll in all den Fragen, mit denen dieser Brief sich beschäftigt.

(2) Es ist behauptet worden, daß die Politik der Regierung eine ernstliche Abkehr von den Verpflichtungen des Mandates, wie sie bisher verstanden worden sind, bedeutet, daß sie die Mandatsverpflichtungen mißversteht und für die Folge eine Politik ankündigt, die nicht vereinbar ist mit den Verpflichtungen der Mandatarmacht gegenüber dem jüdischen Volke.

(3) Die Regierung hielt es nicht für notwendig, in extenso die früheren politischen Erklärungen zu zitieren, aber sie verweist auf die Tatsache, daß das Weißbuch von 1930 sich nicht nur auf das im Jahre 1922 von der Jewish Agency akzeptierte Weißbuch bezieht und es bestätigt, sondern daß es auch anerkennt,

daß das Mandat eine Verpflichtung gegenüber dem jüdischen Volke und nicht nur gegenüber der jüdischen Bevölkerung von Palästina ist.

Das Weißbuch stellt in den Vordergrund meine Rede im Unterhaus vom 3. April 1930, in welcher ich in Worten, wie sie nicht klarer formuliert werden können, die Absicht der Regierung angekündigt habe, Palästina auch weiterhin in Übereinstimmung mit den durch den Rat des Völkerbundes bestätigten Mandatsbestimmungen zu verwalten. Diese Stellungnahme ist aufs neue bekräftigt und klargemacht worden durch meine Rede vom 17. November 1930. In meiner Rede vom 3. April habe ich mich folgendermaßen geäußert:

„Die Regierung wird auch in Zukunft Palästina in Übereinstimmung mit den von dem Rat des Völkerbundes gutgeheißenen Bestimmungen des Mandats verwalten. Dies ist eine internationale Verpflichtung, und es kann keine Rede davon sein, sich ihr zu entziehen.

Nach den Bestimmungen des Mandats ist die Regierung für die Förderung der Errichtung einer Nationalen Heimstätte für das jüdische Volk verantwortlich, wobei klar zu verstehen ist, daß nichts getan werden darf, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der in Palästina bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern benachteiligen könnte.

Es handelt sich um eine doppelte Verpflichtung einerseits dem jüdischen Volke gegenüber, andererseits gegenüber der nichtjüdischen Bevölkerung von Palästina, und es ist der feste Entschluß der Regierung Seiner Majestät, in gleicher Weise allen Teilen der palästinensischen Bevölkerung Gerechtigkeit angedeihen zu lassen. Dies ist eine Pflicht, der sie sich nicht entziehen wird und zu deren Durchführung sie alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anwenden wird.“

Diese Erklärung steht nicht nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Mandats, sondern auch mit der Präambel zum Mandat, welche hierdurch ausdrücklich neu bestätigt wird.

(4) Bei der Durchführung der Mandatspolitik kann die Mandatarmacht das Bestehen verschiedener Interessen und Standpunkte nicht übersehen. Diese sind tatsächlich an sich nicht unvereinbar, aber sie können nur dann ausgeglichen werden, wenn richtig erkannt wird, daß

eine vollkommene Lösung des Problems von einer Verständigung von Juden und Arabern abhängt.

Bis dies jedoch erreicht ist, muß unvermeidlicherweise bei der Festlegung der Politik die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts mitbestimmend sein.

(5) Ein großer Teil der an dem Weißbuch geübten Kritik stützt sich auf die Behauptung, daß es ungerechte Anschuldigungen gegen das jüdische Volk und die jüdische Arbeiterorganisation erhebt. Die Regierung stellt ausdrücklich fest, **daß ihr jede solche Absicht ferngelegen hat.** Es wird anerkannt, daß die Jewish Agency immer bereitwillig an der Durchführung der Mandatspolitik mitgearbeitet hat- und daß

die konstruktive Arbeit des jüdischen Volkes in Palästina wohltuende Wirkungen auf die Entwicklung und die Wohlfahrt des Landes als Ganzen ausgeübt hat.

Die Regierung schätzt den Wert der Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen in Palästina und hat den Wunsch, dieselben in jeder Weise zu fördern.

(6) Man hat gefragt nach der Bedeutung der Worte „Wahrung der bürgerlichen und religiösen Rechte aller Einwohner Palästinas ohne Unterschied von Abstammung und Religion", die im Art. 2 vorkommen, und der Worte „wobei gewährleistet werden soll, daß die Rechte und die Stellung (rights and position) der anderen Teile der Bevölkerung nicht präjudiziert werden sollen", die im Art. 6 des Mandats enthalten sind. Die Worte „Wahrung der bürgerlichen und religiösen Rechte", im Art. 2 können nicht so verstanden werden, daß die bürgerlichen und religiösen Rechte der einzelnen Individuen unverändert bleiben müssen. In dem Fall von Suleiman Murra, auf den Bezug genommen worden ist, sagt der Privy Council in Auslegung dieser Worte aus dem Artikel 2: „Das bedeutet nicht, ... daß alle bürgerlichen Rechte jedes Einwohners von Palästina während der ganzen Dauer des Mandats unverändert bleiben können, wie sie es beim Inkrafttreten des Mandates waren; denn wenn dies eine Bedingung für die Jurisdiktion der Mandatarmacht wäre, würde überhaupt keine wirksame Gesetzgebung möglich sein." Diese Worte müssen demnach in einem anderen Sinne gelesen werden, und der Schlüssel zu der wahren Absicht und Bedeutung des Satzes ist in den Schlußworten des Artikels zu finden: „Ohne Unterschied von Abstammung und Religion." Diese Worte bedeuten, daß in bezug auf die bürgerlichen und religiösen Rechte der Mandatar keinen Unterschied zwischen Personen auf Grund ihrer Religion und Nationalität machen darf und diese Schutzbestimmung bezieht sich gleichmäßig auf Juden, Araber und alle Teile der Bevölkerung.

(7) Die Worte „die Rechte und die Stellung (rights and position) anderer Teile der Bevölkerung", die im Artikel 6 enthalten sind, beziehen sich deutlich auf die nichtjüdische Bevölkerung. Diese „Rechte und Stellung" dürfen nicht präjudiziert werden, d. h. nicht beeinträchtigt oder verschlechtert werden. Die Auswirkung der Einwanderungs- und Ansiedlungspolitik auf die ökonomische Lage der nichtjüdischen Bevölkerung darf nicht außer Betracht bleiben. Aber die Worte dürfen nicht so aufgefaßt werden, als ob sie bedeuten, daß die bestehenden ökonomischen Bedingungen in Palästina zum Erstarren gebracht („crystallised") werden sollen. Im Gegenteil,

die Verpflichtung, jüdische Einwanderung zu erleichtern und geschlossene Ansiedlung von Juden auf dem Lande zu fördern, bleibt eine positive Verpflichtung des Mandats, und sie kann erfüllt werden, ohne die Rechte und Lage anderer Teile der Bevölkerung Palästinas zu beeinträchtigen.

(8) Wir können nun übergehen zu der Behauptung, daß das Mandat in einer den jüdischen Interessen in den wichtigen Angelegenheiten von Ansiedlung und Einwanderung höchst schädlichen Weise neu interpretiert worden ist. Man hat gesagt, daß die Politik des Weißbuches der Einwanderung einen Riegel vorschieben und geschlossene Ansiedlung der Juden auf dem Lande, die eine primäre Aufgabe des Mandats ist, suspendieren, wenn nicht völlig unmöglich machen würde. Zur Unterstützung dieser Behauptung wurde besonders Nachdruck gelegt auf den Passus in dem Weißbuch, der sich mit den Staatsländereien beschäftigt, und in dem gesagt worden ist, „es würde nicht möglich sein, solche Landstrecken für jüdische Siedlung zur Verfügung zu stellen im Hinblick darauf, daß sie gegenwärtig von arabischen Bearbeitern besetzt sind, und im Hinblick darauf, daß es wichtig ist, zusätzliches Land verfügbar zu machen, auf dem man die jetzt landlosen arabischen Bauern seßhaft machen kann".

(9) Dieser Satz muß im Licht der Gesamtpolitik beurteilt werden. Es ist wünschenswert, klarzumachen, daß die landlosen Araber, auf die sich dieser Passus beziehen sollte, solche Araber sind, **bei denen gezeigt werden kann, daß sie von den von ihnen okkupierten Ländereien infolge des Überganges der Böden in jüdischen Besitz verdrängt wurden und die weder anderen Boden, auf dem sie seßhaft werden konnten, noch eine andere gleiche Beschäftigung finden konnten.** Die Anzahl dieser so dislozierten Araber muß sorgfältig festgestellt werden. Den landlosen Arabern dieser Kategorie gegenüber fühlt die Regierung sich verpflichtet, ihre Ansiedlung auf dem Lande zu fördern. Die Anerkennung dieser Verpflichtung ist keineswegs eine Abweichung von den weiter gesteckten Zielen der Landentwicklung, welche die Regierung als das durchgreifendste Mittel für die Förderung der Errichtung eines Nationalheimes für die Juden ansieht.

(10) Bei der Formulierung einer Politik für ländliche Ansiedlung ist es wichtig, daß die Regierung alle Umstände in Betracht zieht, die zu den Hauptzwecken des Mandates in Beziehung sind. Die Fläche des kultivierbaren Landes, die Möglichkeiten der Bewässerung, die Aufnahmefähigkeit des Landes in bezug auf Einwanderung, all dies sind Elemente der aufzuklärenden Probleme, und die Außerachtlasung eines dieser Punkte wäre schädlich für die Aufstellung von Richtlinien einer gerechten und stabilen Politik.

Die Regierung beabsichtigt, so schnell wie möglich eine Untersuchung anzustellen, um unter anderem festzustellen,

welche Staats- und anderen Ländereien für geschlossene Ansiedlung von Juden unter Bezug auf die Verpflichtung, die gemäß Artikel 6 des Mandats dem Mandatar obliegt, verfügbar sind

oder verfügbar gemacht werden können. Diese Untersuchung wird umfassend sein und alle Landreserven Palästinas einschließen. Bei der Durchführung der Untersuchung wird vorgesehen werden, daß alle Interessenten, ob Juden oder Araber, die Möglichkeit haben, die von ihnen gewünschten Vorstellungen zu machen.

(11) Die Regierung beschäftigt sich sorgfältig mit der Frage der räumlichen Zusammendrängung unter den Fellachen in den Hügelgebieten von Palästina. Es sollen Maßregeln für die Verbesserung und Intensivierung des Landes getroffen werden und dafür, daß Landstrecken, die bisher unbearbeitet blieben, unter Kultur gebracht werden, um so den Fellachen einen besseren Lebensstandard zu sichern, ohne daß, abgesehen von außergewöhnlichen Fällen, zu dem Mittel der Umsiedlung gegriffen wird.

(12) Um der Politik von ländlicher Ansiedlung, wie in Art. 11 des Mandats vorgesehen, Wirkung zu verschaffen, ist es nötig, um Desorganisation zu vermeiden und die Möglichkeit eines Erfolges zu haben, daß eine zentralisierte Kontrolle irgendwelcher Art für Transaktionen auf dem Gebiet der Erwerbung und Übertragung von Grund und Boden während der Übergangszeit bestehen soll, die vernünftigerweise erforderlich sein dürfte, um dem

Landentwicklungsplan (Development Scheme) eine sichere Grundlage zu geben. Die in Aussicht genommene Kompetenz ist eine regulierende und nicht etwa eine prohibitive, obwohl sie ein Recht einschließt, solche Transaktionen zu verhindern, die mit dem Tenor des Planes nicht zu vereinen sind. Aber die Ausübung dieses Rechtes ist beschränkt und in keiner Weise willkürlich. Sie ist in jedem Falle bedingt durch Erwägungen, wie den Zwecken des Mandats am besten entsprochen werden kann. Jegliche Kontrolle soll mit gehörigen Schutzbestimmungen umgeben werden, um die Gewähr zu geben, daß so wenig wie möglich in den freien Grundstücksverkehr eingegriffen wird. Die Zentralkontrolle wird erst dann in Kraft treten, wenn die Behörde zur Durchführung der Landentwicklungspolitik ihre Arbeit aufnimmt. Der High Commissioner wird bis zur Errichtung dieser zentralisierten Kontrolle das volle Recht haben, alle notwendigen Schritte zu tun, um die Rechte der Pächter und Okkupanten einschließlich der Rechte der Squatters (mehrjähriger unrechtmäßiger Okkupanten) in Palästina zu schützen.

(13) Ferner enthielt die Erklärung über die Politik der Regierung

kein Verbot der Erwerbung von weiteren Ländereien durch Juden.

Weder enthält sie eine solche Behinderung, noch ist eine solche beabsichtigt. Was in Aussicht genommen wird, ist solche zeitweilige Kontrolle von Landdispositionen und Übertragungen, wie sie notwendig ist, um die Harmonie und Wirksamkeit des in Aussicht genommenen Plans für die Landsiedlung (Landsettlement) vor Störung zu schützen. **Die Regierung fühlt sich verpflichtet, hervorzuheben, daß sie als einzige von allen Regierungen, die seit der Übernahme des Mandats für dessen Verwaltung verantworlich waren, ihre definitive Absicht, eine aktive Entwicklungspolitik einzuleiten, bekundet hat, von der sie glaubt, daß damit sowohl Juden wie Arabern greifbarer und dauernder Nutzen erwachsen wird.**

(14) Hiermit steht die Frage der Kontrolle der Einwanderung im Zusammenhang. Es muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß eine solche Kontrolle in keiner Weise eine Abkehr von der früheren Politik darstellt. Von 1920 an, als die ursprünglichen Einwanderungsbestimmungen (Immigration Ordinance) in Kraft traten, wurden von Zeit zu Zeit Bestimmungen über die Kontrolle der Einwanderung erlassen, um unrechtmäßige Einwanderung zu verhindern und die legale Einwanderung zu definieren und zu erleichtern. Dieses Recht der Regulierung ist zu keiner Zeit in Frage gestellt worden.

(15) Aber die Absicht der Regierung scheint so dargestellt worden zu sein, als besage sie, daß „keine fernere Einwanderung von Juden zugelassen werden darf, solange als sie irgendeinen Araber daran verhindert, Beschäftigung zu finden". Die Regierung hat niemals beabsichtigt, eine solche Politik zu verfolgen. Es lag der Regierung daran, zu erklären, daß bei der Regulierung der jüdischen Einwanderung die folgenden Grundsätze Anwendung finden müssen, nämlich: „es ist wesentlich, Sicherheiten zu schaffen, daß die Einwanderer der palästinensischen Bevölkerung als einer Gesamtheit nicht zur Last fallen und daß sie nicht irgendeinen Teil der gegenwärtigen Bevölkerung seiner Beschäftigung berauben". (Weißbuch 1922.) Auf der einen Seite muß die Regierung ihrer Verpflichtung eingedenk sein, die jüdische Einwanderung unter angemessenen Bedingungen zu fördern und eine geschlossene Ansiedlung von Juden auf dem Lande zu erleichtern, auf der anderen Seite hat sie gleichfalls ihrer Pflicht eingedenk zu sein, Sicherheiten zu schaffen, daß den Rechten und der Stellung der nichtjüdischen Gemeinschaften kein Schaden zugefügt wird. Wegen dieses anscheinenden Konfliktes der Pflichten hat die Regierung sich gezwungen gesehen, die Notwendigkeit der sorgsamen Anwendung des Prinzips der Aufnahmefähigkeit zu betonen. Dieses Prinzip ist von vitaler Bedeutung für jeden Plan der Landentwicklung, dessen hauptsächlicher Zweck die Ansiedlung von Juden und dislozierten Arabern auf dem Lande sein muß. Aus diesem Grunde hat die Regierung darauf bestanden und ist verpflichtet, darauf zu bestehen, daß die Einwanderungsbestimmungen der Regierung ordnungsmäßig angewendet werden müssen. Die Erwägungen in bezug auf die Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes dürfen nur von rein ökonomischen Gesichtspunkten aus aufgestellt werden.

(16) Die Regierung hat

irgendwelche Unterbrechung oder Verhinderung jüdischer Einwanderung in irgendeiner der Kategorien weder vorgeschrieben noch beabsichtigt.

Die Praxis der Bestätigung einer Arbeiter-Einwanderungsliste (Labour Schedule) für einwandernde Lohnempfänger wird fortgesetzt werden. In jedem einzelnen Fall werden Arbeiter-Anforderungen berücksichtigt werden für solche Arbeiten, die von jüdischem oder hauptsächlich jüdischem Kapital abhängig sind und die nicht vorhanden wären oder nicht unternommen worden wären, wenn nicht jüdische Arbeiter zur Verfügung stehen würden. Mit Bezug auf die öffentlichen und städtischen Arbeiten, die aus öffentlichen Fonds finanziert werden, ist

der Anspruch jüdischer Arbeiter auf einen gehörigen Anteil an der vorhandenen Arbeitsgelegenheit in Betracht zu ziehen,

wobei man die jüdischen Beiträge zu den öffentlichen Einnahmen in Rechnung zu setzen hat. Was andere Arten der Beschäftigung betrifft, wird es notwendig sein, in jedem Fall die Faktoren zu berücksichtigen, die der Nachfrage nach Arbeitskräften zugrunde liegen, einschließlich des Faktors der Arbeitslosigkeit unter Juden und Arabern. Einwanderer mit Aussicht auf Beschäftigung (außer Beschäftigungen von nur ganz vorübergehendem Charakter) dürfen nicht ausgeschlossen werden, nur aus dem Grunde, weil ihre Beschäftigung auf unbeschränkte Zeit nicht garantiert werden kann.

(17) Bei der Bestimmung des Ausmaßes, zu dem die Einwanderung zu irgendwelcher Zeit erlaubt wird, ist es notwendig, die Politik der Jewish Agency in Betracht zu nehmen, nach der „in allen Arbeiten oder Unternehmungen, die durch die Agency ausgeführt oder gefördert werden, der Grundsatz gelten soll, daß

die Arbeit durch Juden ausgeführt wird".

Die Regierung greift in keiner Weise das Recht der Agency an, eine solche Politik zu formulieren, oder zu billigen und zu bestätigen. Das Prinzip vorzugsweiser oder sogar ausschließlicher Beschäftigung jüdischer Arbeiter durch jüdische Organisationen ist ein solches, das die Jewish Agency berechtigt ist, auf-

rechtzuerhalten. Aber es muß betont werden, daß, wenn als Folge dieser Politik arabische Arbeiter verdrängt oder bestehende Arbeitslosigkeit verschärft wird, dies ein Faktor in der Situation ist, auf den die Mandatarmacht ihr Augenmerk richten muß.

(18) Die Regierung wünscht endlich noch auszusprechen, wie sie mehrmals und in unzweideutiger Weise versichert hat, daß die Verpflichtungen, die die Mandatarmacht durch die Annahme des Mandates auf sich genommen hat,

feierliche internationale Verpflichtungen sind, denen sie sich weder jetzt entziehen will, noch irgendeiner früheren Zeit hat entziehen wollen.

Der Durchführung der Aufgaben, die ihr durch das Mandat auferlegt worden sind, hat die Regierung ihre Hand geliehen und wird sie nicht zurückziehen. Aber wenn ihre Bemühungen erfolgreich sein sollen, ist Zusammenarbeit, Vertrauen, Bereitwilligkeit von allen Seiten notwendig, um die Schwierigkeiten und die Kompliziertheit des Problems einzusehen, und vor allem muß und soll unbedingt anerkannt werden, daß keine Lösung zufriedenstellend oder von Dauer sein kann, die nicht auf Gerechtigkeit gegenüber dem jüdischen Volke und den nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina beruht.

Hochachtungsvoll

J. Ramsay MacDonald.

Dr. Weizmann's Erklärung zum neuen Palästina-Statement der englischen Regierung

London, 16. Februar. (JTA.) Die Erklärung, die der Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency, Professor Dr. Chaim Weizmann, nach Erhalt des an ihn gerichteten Briefes des britischen Premiers, Ramsay Macdonald, der Öffentlichkeit übergab, lautet in deutscher Übertragung wörtlich:

„Es war für mich eine Freude, den Brief des Premierministers zu erhalten, der, wie ich höre, morgen veröffentlicht werden soll. Wenn ich mich zu diesem Briefe äußere, so kann ich lediglich für meine eigene Person sprechen. Obwohl ich diesen Vorbehalt machen muß, glaube ich dennoch sicher zu sein, daß ich den Meinungen und Empfindungen eines wesentlichen Teiles der öffentlichen jüdischen Meinung Ausdruck gebe.

Wir haben die uns von dem Premierminister und dem Kabinett gebotene Gelegenheit, unsere Sache mit dem Kabinettskomitee zu diskutieren, begrüßt. Wir erhielten die Möglichkeit zu einer vollen Aussprache und haben bezüglich einer Anzahl fundamentaler, in dem Weißbuch vom Oktober 1930 aufgeworfener Fragen Klarheit erlangt. Wir kämpften nicht für die Erlangung von Vorteilen, sondern für Rechte — die Rechte, die uns nach dem Mandat zustehen, und die durch das Weißbuch vom Oktober 1930 nach unserer Ansicht ernstlich verletzt worden waren. Der Premierminister hat am Donnerstag im Unterhaus ausgeführt, daß der Brief, den er freundlicherweise an mich gerichtet hat, zu lesen ist als die autoritative Interpretation des Weißbuches bezüglich der Angelegenheiten, mit denen sich der Brief beschäftigt, daß er dem Völkerbunde als ein offizielles Dokument übermittelt werden wird, und daß er als eine Instruktion an den High Commissioner für Palästina in eine an diesen gerichtete Mitteilung aufgenommen werden würde. Nachdem die jetzt erfolgte Darlegung der Regierungspolitik in dieser Weise zur offiziellen Regierungsdirektive geworden ist, hat sie nach meiner Ansicht die Basis für jene Kooperation mit der Mandatarmacht wiederhergestellt, auf der unsere Politik aufgebaut ist.

Die Verluste, die das vergangene Jahr einer schweren politischen Krisis unserem Werke zugefügt hat, sind ernst. Palästina litt unter einer wirtschaftlichen Depression, die zwar zu einem gewissen Grade mit der wirtschaftlichen Weltkrise zusammenhing, die aber doch durch die politische Lage noch sehr erheblich verschlechtert worden ist. Das Vertrauen, das die Voraussetzung wirtschaftlicher Initiative und Entfaltung bildet, war nicht vorhanden. Nachdem eine Basis für Kooperation wieder hergestellt ist, sollte das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft Palästinas wieder aufleben und müssen die Juden der ganzen Welt ihr Wirtschaftswerk in Palästina mit verdoppelter Energie fortführen.

Unsere Arbeit am Aufbau des jüdischen Nationalheims nutzt notwendigerweise Palästina in seiner Gesamtheit. Sie wird den Arabern zum Segen gereichen, die ebenfalls unter der Wirtschaftskrise und der Unterbrechung unserer wirtschaftlichen Arbeiten ernstlich gelitten haben, und deren Gedeihen naturgemäß mit dem Gedeihen des ganzen Landes verknüpft ist. Unsere Arbeit wird auch die Lage der Palästinaregierung erleichtern, die zum ersten Mal seit vielen Jahren unter einem ernsten Defizit in ihrem Budget zu leiden hat.

Ich bin voller Hoffnung, daß die drei Parteien, die Mandatsregierung, die Araber und wir selbst jetzt zusammenkommen werden und einen konstruktiven Plan für das künftige Wohl und die Entwicklung von Palästina usarbeiten werden.

Ch. Weizmann."

Das neue Statement die „autoritative Interpretation" des Weißbuchs.

Eine Erklärung Macdonalds im Unterhaus.

London, 13. Februar. (JTA.) Im Unterhause gab Ministerpräsident Ramsay Macdonald auf die Frage des Labour-Abgeordneten D. Hopkin, welchen Charakter das neue Statement der englischen Regierung über ihre Palästina-Politik trage, die Erklärung ab, aus dem Texte des Briefes an den Präsidenten der Jewish Agency, Professor Dr. Chaim Weizmann, werde zu entnehmen sein, daß dieser Brief als „autoritative Interpretation" des Weißbuches in den von der Regierung berührten Belangen aufzufassen ist. Der offizielle Charakter des Briefes stehe unanzweifelbar fest.

Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, sind seitens der Jewish Agency weiterhin Bemühungen im Gange, die Vorlage des vollen Textes der neuen Regierungserklärung über Palästina im Unterhause durchzusetzen. Hierdurch bekäme der Brief Macdonalds an Weizmann den Charakter eines parlamentarischen Dokuments.

Die Jewish Agency bereitet sich auf den zweiten Teil der Verhandlungen mit der Regierung vor.

An dem zweiten Teil der Verhandlungen wird auch Abg. J. Grünbaum teilnehmen. Weizmann konferiert mit Simpson.

London, 13. Februar. (JTA.) Unmittelbar nach der am Donnerstag, den 12. Februar vom Ministerpräsidenten Macdonald im Unterhaus abgegebenen Erklärung über das neue Regierungsstatement wurde seitens der Jewish Agency intensiv mit den Vorbereitungen für den zweiten Teil der Verhandlungen zwischen Jewish Agency und englischer Regierung begonnen. An den Beratungen nahmen

auch die Mitglieder der vom A-C. im November 1930 eingesetzten politischen Kommission, unter ihnen der neu in die Kommission kooptierte Vertreter der Zionisten Polens, Abg. Jizchak Grünbaum, der bis zur Beendigung der Verhandlungen mit der Regierung in London bleiben wird, teil.

Es verlautet, daß die Regierung zu den weiteren Verhandlungen Sir John Hope Simpson als Experten zuziehen will. Im Hinblick auf diese Möglichkeit hat Prof. Weizmann bereits zweimal Besprechungen mit Sir John Hope Simpson abgehalten, um mit ihm die im Simpson-Bericht enthaltenen Vorschläge zu erörtern und über jene Punkte, die den Zionisten annehmbar erscheinen, noch vor seiner Abreise nach Palästina Klarheit zu schaffen.

Teilerfolg

Als eine „authentische Interpretation" zum Weißbuch vom Oktober bezeichnete der Premierminister R. Macdonald im englischen Parlament den Brief, den er an Dr. Weizmann geschrieben hat. Das bedeutet, daß der Text des Weißbuches für sich allein keine Gültigkeit mehr besitzt, sondern nur im Zusammenhang mit der neuen Erklärung betrachtet und angewandt werden darf, die, wie sich die englische Regierung ausdrückt, zum Zwecke habe, etwa durch das Weißbuch hervorgerufene Mißverständnisse aufzuklären und richtigzustellen, die aber in Wirklichkeit — das ergibt ein auch nur oberflächlicher Vergleich der beiden Dokumente — eine Korrektur und eine Abkehr von der durch das Weißbuch initiierten Politik in entscheidenden Punkten darstellt und, mehr als dies, manchmal geradezu im Gegensatz zu dessen Forderungen steht. Es ist leicht verständlich, daß die englische Regierung sich zu einer formellen Annulierung des Weißbuches so lange nicht versteht, als die Wirkungen, die man damit erzielen kann und will, auch auf andere Weise zu erreichen sind. Deshalb hat man den Weg dieser authentischen Interpretation gewählt, mit dem man auch zionistischerseits einverstanden sein kann, um so mehr als der offizielle Charakter des neuen Schrittes feststeht. Er ist dem Protokoll des Parlaments schon einverleibt; immerhin wird man noch auf eine Vorlage des Briefes als offizielles Weißbuch beim Parlament dringen müssen. Der international verpflichtende Charakter des Briefes wird, wie Macdonald bereits erklärte, durch Vorlage beim Völkerbund weiter gesichert werden.

Formal kann man also mit der neuen Erklärung zufrieden sein, wenn sie vielleicht auch dem durch das Weißbuch aufs schwerste verletzten Ehrgefühl des jüdischen Volkes nicht volle Gerechtigkeit zuteil werden läßt, das seine Rückrufung und Annulierung gefordert hatte. Den Inhalt des Briefes kann die jüdische Öffentlichkeit mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, einer Genugtuung allerdings, die sich weit mehr auf die Tatsache der Erklärung gründet, als auf ihren Inhalt im einzelnen. Bei einer Würdigung der Erklärung ist es eben für jeden Juden unmöglich, zu vergessen, daß sie in vielen Punkten nur den Rechtszustand wieder herstellt, der eigentlich nach früheren Deklarationen der englischen Regierung wie des Völkerbundes und anderer Mächte selbstverständlich sein müßte und niemals in Frage gestellt hätte werden dürfen. Das gilt besonders für die neuerliche Anerkennung des Mandats als einer Verpflichtung gegenüber dem ganzen jüdischen Volk, die das Weißbuch in eine Verpflichtung nur gegenüber den in Palästina ansässigen Juden reduzieren wollte; das gilt für die Anerkennung der jüdischen Arbeit in Palästina, die im Weißbuch ausgesprochen böswillig herabgewürdigt wurde; das gilt auch für die Erklärung bezüglich der Erleichterung jüdischer Einwanderung und des Bodenerwerbs und der Zuweisung von Staatsländereien. In diesen Punkten stellt der Brief nur den Zustand wieder her, der vorher bestand. Die durch den Bericht Hope Simpsons und das Weißbuch akut gewordene Gefahr, daß die Regierung die Kolonisation der Araber vordringlichst beginnen würde, ist jetzt durch eine sehr einschränkende und klare Interpretation des Begriffes der „landlosen Araber" beseitigt. Freilich muß man sich klar darüber sein, daß uns günstige Bestimmungen allein nicht genügen. Die administrative Praxis der palästinensischen Regierung hat häufig genug solche günstigen Bestimmungen mißachtet und manchmal auch in ihr Gegenteil verkehrt. Es wird also vor allem auf die Beamtenpolitik der englischen Regierung ankommen und von der mehr oder minder entschiedenen Haltung dem zionistenfeindlichen englisch-palästinensischen Beamtenkörper gegenüber, ob die neue uns günstige Politik auch loyal durchgeführt wird.

Von dieser Beamtenpolitik wird es auch abhängen, ob diejenigen neuen Bestimmungen, die gegenüber dem Rechtszustand vor dem Weißbuch eine Besserung darstellen, sich für uns günstig auswirken werden. Eine unzweifelhafte Verbesserung der Rechtslage und ein Fortschritt von großer Bedeutung darf darin gesehen werden, daß erstmals der Anspruch jüdischer Arbeiter auf einen angemessenen Anteil an den von öffentlichen Stellen zu vergebenden Arbeiten anerkannt wird, der in Zukunft sogar nach der jüdischen Steuerleistung bemessen werden soll, während er bisher nicht einmal der jüdischen Bevölkerung entsprach.

Bei alledem darf nicht verkannt werden, daß das Vertrauen des jüdischen Volkes auf Erklärungen der englischen Regierungen seit den Augustunruhen in Palästina schwer erschüttert worden ist und daß daher auch der Brief Macdonalds erst auf Grund von Taten und praktischen Maßnahmen der Regierung sich endgültig beurteilen lassen wird. Dann wird sich auch herausstellen, welche Bedeutung den Erörterungen über den Artikel 6 des Mandats zukommt, deren Wortlaut keineswegs für uns günstig ist. Im Weißbuch waren bekanntlich aus diesem Artikel durch eine geradezu halsbrecherische Interpretation Folgerungen gezogen worden, deren Anwendung für die Fortführung unseres Werkes überaus gefährlich hätte sein müssen. Jetzt wird zwar, was unzweifelhaft eine Besserung ist, zugegeben, daß dieser Artikel nur besage, es dürfe in bezug auf religiöse und bürgerliche Rechte kein Unterschied zwischen Personen auf Grund ihrer Religion und Nationalität gemacht werden; die Regierung beharrt aber darauf, daß die Auswirkung der Einwanderungs- und Ansiedlungspolitik auf die ökonomische Lage der nichtjüdischen Bevölkerung nicht außer Betracht bleiben dürfe. Gegen diesen Grundsatz ist an sich nichts einzuwenden, so wie er aber formuliert ist, ist er das typische Beispiel einer Kautschukbestimmung, aus der erforderlichenfalls uns feindlich gesinnte Beamte alle Argumente gegen unsere Arbeit ablehnen können, die sie benötigen. — Man wird daher zumindest abwarten müssen, was die Praxis aus dem Briefe macht.

Über eine sehr strittige Frage geht der Brief Macdonalds mit absolutem Stillschweigen hinweg. Das Weißbuch kündigte in seinem dritten Abschnitt die baldige Errichtung eines Legislative Council an, der aus 22 Mitgliedern, 12 gewählten und 10 von der Regierung ernannten bestehen soll. Mit der Ver-

wirklichung dieses Planes hat man also zu rechnen und es wird nun außerordentlich viel davon abhängen, welchen Zeitpunkt die Mandatsregierung für die Einführung des Legislative Council als geeignet erachtet; daß auch in Palästina der Bevölkerung ein Anteil an Verwaltung und Regierung zugestanden werden soll, werden prinzipiell selbst diejenigen nicht leugnen, die heute mit aller Energie den Aufschub solcher Pläne fordern, weil sie ihre Verwirklichung in der nächsten Zeit für den denkbar schwersten Schlag gegen die Idee des jüdischen Nationalheims halten würden.

An dieser Frage werden sich im zionistischen Lager die Geister scheiden und es wird zweifellos sehr harte Auseinandersetzungen geben. Schon jetzt hat die neugewählte Assefath Haniwcharim ihrer ablehnenden Stellung sehr entschieden Ausdruck gegeben. Es ist darum zu hoffen, daß im zweiten Teil der Verhandlungen, die ja mit der englischen Regierung weitergeführt werden, eine authentische, unseren Bestrebungen Rechnung tragende Interpretation auch dieser Abschnitte des Weißbuches gefunden werden kann.

Unter dieser Voraussetzung wird man allgemein mit dem Urteil Weizmanns einverstanden sein können, der in einer Kundgebung nach Veröffentlichung des Briefes erklärt hat, daß damit die Basis für eine Kooperation der Jewish Agency mit der Mandatarmacht wieder hergestellt sei. Politisch und moralisch bedeutet dieser Brief unzweifelhaft einen großen Fortschritt; trotzdem wäre es verfehlt, darnach nun schon die grundsätzliche Stellungnahme zur englischen Regierung endgültig zu bestimmen. Zu viele Fragen müssen, wie bereits ausgeführt, erst noch geklärt werden; die Richtlinien der neuen Kolonisationspolitik, die die Regierung auf Grund einer Anleihe von zweieinhalb Millionen Pfund einzuleiten beabsichtigt, sind erst noch festzulegen, insbesondere ist auch die Einbeziehung Transjordaniens in sie eine zionistische Forderung, auf die nicht verzichtet werden kann.

Der Brief Macdonalds ist so ein Teilerfolg, erzielt durch angestrengteste und langwierige politische Bemühungen auf Grund der kämpferischen und entschlossenen Haltung der jüdischen öffentlichen Meinung, die offenbar ihren Eindruck auf die englische Regierung nicht verfehlt hat; in der Gesamtentwicklung ist er aber nicht mehr als eine neue Chance, die uns gegeben wird und die richtig auszunützen ganz Sache einer neuen innerzionistischen Politik und vor allem einer neuen zionistischen Wirtschaft sein wird. Gewiß, auch das Problem der Herstellung friedlicher Beziehungen zur arabischen Bevölkerung ist außerordentlich wichtig, und muß bald in Angriff genommen werden. Im Augenblick scheint diese Frage aber schon deshalb sekundär zu sein gegenüber der großen Aufgabe der Reorganisierung der zionistischen Finanzen und der Planung und Durchführung einer jüdischen Kolonisationswirtschaft, die billiger ist als die bisherige und eine Massenansiedlung in kurzer Zeit ermöglicht, weil nur eine starke zionistische Organisation und die Aussicht auf große jüdische Neueinwanderung die Voraussetzungen für eine erträgliche Lösung des Araberproblems schaffen. I. E.

Auf diese Weise werden Sie keinen Erfolg haben

Der Sejm der polnischen Republik verhandelt gegenwärtig den Etat für das Jahr 1931. Und da Pilsudski, der Marschall-Diktator Polens, im Auslande weilt, vernimmt man im polnischen Sejm Worte der Kritik und des Protestes, die bei Anwesenheit Pilsudskis im Lande wahrscheinlich kein Abgeordneter sich trauen würde auszusprechen. Denn die Erfahrungen, die die oppositionellen Abgeordneten in den Kasematten von Brest Litowsk gemacht haben, Vorkommnisse, die die ganze Welt in Aufruhr versetzten, schrecken vor einer allzu aufrichtigen Sprache gegenüber der Obersten Regierung in Polen ab. Pilsudski ist weit und darum traut man sich in Warschau manch offenes Wort zu sagen. Unter den vielen Klagen, die an die Adresse der polnischen Regierung in den letzten Tagen gerichtet wurden, befanden isch auch herzzerreißende Feststellungen der jüdischen Vertreter. Die Wahlpraktiken der Regierung haben es zwar zuwege gebracht, daß der größte Teil der jüdischen Wähler vergeblich zur Urne gegangen ist und daß die Zahl der jüdischen Abgeordneten auf die Hälfte zusammenschmolz, sie haben aber nicht vermocht, den Ernst und das Pflichtbewußtsein der wenigen Vertreter, deren Wahl die Regierung trotz aller verwerflichen Mittel nicht verhindern konnte, zu mindern. So haben denn Abgeordneter Dr. Osias Thon, der Vorsitzende des zusammengeschrumpften jüdischen Sejm-Klubs, und dann Ageordneter Dr. Rosmarin in wohlüberlegten Erklärungen die Forderungen der jüdischen Massen gegenüber der polnischen Regierung vorgebracht. Es ist ein altes Lied. Trotz der zahlreichen Erklärungen der polnischen Regierung und der polnischen Vertreter im Auslande, trotz der vielen Versprechungen, die im Laufe der Jahre an die Adresse der Juden gemacht wurden, trotz des seinerzeit vom verstorbenen Abgeordneten Dr. Leon Reich mit der polnischen Regierung feierlich geschlossenen Friedenspaktes, der sog. „Ugoda", hat sich die Situation der polnischen Judenheit nicht gebessert. Und zwar lag das nicht nur an den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen und an der unglückseligen Schichtung der jüdischen Massen im neu entstandenen polnischen Reich, sondern zum sehr großen Teile an der Regierungspraxis, die, einerlei, ob an der Spitze des Staates eine rechte, linke oder Diktaturregierung stand, im Wesen immer gleich blieb. Die Juden werden in Polen durch Steuerdruck ausgepreßt, durch Monopolmaßnahmen aus altgewohnten Berufen verdrängt, durch Fernhaltung von allen staatlichen Beschäftigungen und Lieferungen in ihrem Lebensraume eingeengt. Die jüdischen Schulen werden trotz der feierlich beschworenen Minoritätsrechte nicht subventioniert, dem jüdischen Kultus werden als einzigem von allen Konfessionen in Polen keine Zuwendungen gemacht, die jüdisch-sozialen Institutionen werden nicht gefördert, die Tätigkeit der jüdischen Gemeinden wird begrenzt — systematisch wird ein Vernichtungsfeldzug gegen die jüdische Bevölkerung geführt, und das alles mit liebenswürdigem Lächeln, feierlichen Deklarationen und ewigen Berufungen auf die polnische Verfassung, die keinen Unterschied zwischen den einzelnen Staatsbürgern, einerlei welcher Nationalität und welchen Bekenntnisses sie sind, macht. Dieser Sachlage gab Dr. Thon beredten Ausdruck. Allerdings hatte man für die Forderungen der jüdischen Vertreter während der tagelang dauernden Generaldebatte nur einen Zeitraum von zehn Minuten bewilligt. Das ist viel zu wenig, um ausführlich all die schrecklichen Leiden und alle Schäden, die der jüdischen Bevölkerung durch die Verwaltung zugefügt werden, ausführlich zu schildern. Aber genug, um namens der drei Millionen Juden Polens einen Seufzer auszustoßen, einen Seufzer des Schmerzes und einen Schrei nach Gerechtigkeit. Das hat denn auch Dr. Thon in würdiger Form getan.

Auf diese Erklärung erfolgte nicht etwa seitens eines Regierungsvertreters eine Antwort, sondern nur ein Abgeordneter des Regierungsblocks quittierte die Deklaration des Vorsitzenden des jüdischen Sejm-Klubs mit den Worten „Auf diese Weise werden Sie keinen Erfolg haben". Damit hat jener Abgeordnete negativ zum Ausdruck gebracht, welche Methode nach seiner Meinung unrichtig ist, damit sich die Lage der Juden in Polen bessere und damit die jüdischen Forderungen vor den Augen der Regierung Gnade finden. Es ist klar, daß eine negative Feststellung noch lange keinen Weg anzeigt, der zu einem Erfolge führen kann, und gerade das möchten die Juden in Polen gern wissen. Welche Weise ist eigentlich die richtige? Mit welchen Methoden können die Juden Erfolge erzielen und wie sollen sie sich verhalten, damit ihre Forderungen bei der polnischen Regierung Berücksichtigung finden? Darüber hätte Dr. Thon gern etwas gehört und die Millionen Juden Polens wären dem Abgeordneten des polnischen Regierungsblocks, der fast zwei Drittel aller Sitze im Sejm innehat und absolutistisch die Angelegenheiten des polnischen Staates regelt, dankbar gewesen, wenn er ihnen gezeigt hätte, worin sie bisher gefehlt haben und welche Ungeschicklichkeiten sie in der Zukunft unterlassen sollen.

Die Erfahrungen, die die polnischen Juden in den letzten zwölf Jahren gemacht haben — und nicht nur die Juden in Polen, sondern auch die Juden in allen Ländern, und nicht nur in der Zeit nach dem Kriege, sondern im Laufe ihrer achtzehnhundertjährigen Diaspora — haben gelehrt, daß eigentlich kein einziger Weg und keine einzige Weise vorhanden sind, auf der man es den Judengegnern recht machen kann. Die Juden sind im 19. Jahrhundert in den meisten Ländern, in denen sie leben, und auch im ehemaligen zaristischen Rußland, obwohl es im letzten Jahrhundertviertel viele jüdische Revolutionäre gab, unbedingt loyal gewesen. Sie haben geradezu von den Augen der Regierenden deren Wünsche abgelesen, sie haben sich gedemütigt und sind vor jedem Minister und jeder Volksabstimmung auf dem Bauche gekrochen. Es hat ihnen nichts genützt. Als nach dem Kriege die einzelnen Nationalitätenstaaten in Mittel- und Osteuropa neu geschaffen oder durch Zuweisung großer Gebiete vergrößert wurden, haben sich die Juden beeilt, diesen Zustand gutzuheißen und haben ihre Mitarbeit zum Aufbau oder zum Ausbau der neuen Staaten bereitwilligst zur Verfügung gestellt. Freiheitliche Verfassungen, in Versailles beschworene Minderheitenrechte, Erklärungen vor dem Völkerbunde haben formal die Voraussetzung abgegeben, daß den Juden einigermaßen in diesen neuen Ländern ihr Recht werden könne. Trotzdem schon in den Anfängen dieser neuen oder erweiterten Selbständigkeit der einzelnen Staaten ein rücksichtsloser Kampf gegen die Juden! Besonders in Polen äußerte sich die wiedererwachte polnische Freiheit in Pogromen gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Die Folge war, daß die Juden, mit den anderen nationalen Minderheiten vereinigt, eine oppositionelle Haltung einnahmen. Da diese Politik zu keinem Erfolge führte, kam es einige Jahre später zu Verhandlungen zwischen dem damaligen Obmann der jüdischen Sejmvertretung, Dr. Reich, mit der Regierung, und es wurde ein Friedenspakt geschlossen, in dem die Juden noch einmal, und zwar überflüssigerweise, ihre Loyalität gegenüber dem polnischen Staate zum Ausdruck brachten und die polnische Regierung erklärte, daß sie fortan die Juden gerecht behandeln werde. Auch dieser Schritt hat nichts genützt. Enttäuscht und ernüchtert haben die Juden wieder in ihre ursprüngliche oppositionelle Stellung zurückgefunden. Der Erfolg war wiederum eine feindselige, argwöhnische Haltung der polnischen Regierung gegenüber der jüdischen Bevölkerung.

Die Schwierigkeiten des polnischen Staates, die objektiven Hemmnisse für eine Gesundung des jüdischen Lebens in Polen sollen nicht verkannt und in Abrede gestellt werden. Aber das alles zugegeben, bleibt auf seiten der polnischen Regierung noch sehr viel böser Wille gegenüber den drei Millionen Juden, die in Polen leben. Und dieser böse Wille ist es, gegen den sich hauptsächlich die Empörung und der Widerstand der jüdischen Vertreter richtet. Ehrlich gesagt: Es gibt wohl keinen zureichenden Weg, um die Situation der Juden in den Ländern, in denen sie leben, auch nur einigermaßen zu verbessern und ein reibungsloses, harmonisches Zusammenleben mit den anderen Bevölkerungsteilen herbeizuführen. Es kann aber kein Zweifel bestehen, daß der Weg des ewigen Duckens und die Methode der stummen Resignation viel schlimmer sind als der des Protestes und der wahren Darstellung der Sachlage. In der Politik kann man niemals hundertprozentige Erfolge haben. Aber unverrückbar gilt der Satz: Um etwas zu haben, muß man fordern und es bekommen. Darum ist die Weise, welche die jüdischen Vertreter in Polen beobachten, wenn auch nicht sofort und zureichend erfolgversprechend, so doch die einzig mögliche. Gerade die letzten Monate haben uns auf dem Gebiete der großen internationalen jüdischen Politik gezeigt, was mannhaftes Auftreten und Betonung des Rechtes für Wunder zu wirken vermögen. Durch energische Haltung, durch würdigen Protest, durch Festhalten an ewigen Rechtsansprüchen als Menschen und Juden ist es der Jewish Agency gelungen, die englische Regierung zu einer Revision eines im Weißbuch vom Oktober 1930 begangenen Fehlers und einer Ungerechtigkeit zu veranlassen. Allerdings handelte es sich um das große Kulturvolk der Engländer. Vielleicht wird auch das polnische Volk im Laufe seiner inneren Kämpfe zu einer politisch klareren Auffassung gelangen. Und dann wird es einsehen, daß, wenn es eine Methode des Zusammenlebens mit den Juden gibt, diese nur eine der Aufrichtigkeit, der ungeschminkten Wahrheit und des Rechtes sein kann. Solange diese Einsicht in Polen fehlt, bleibt den Juden nur der Weg des Protestes und der Opposition eines Bevölkerungsteiles, der innerhalb der von ihm bejahten Staatsgrenzen gerechte Behandlung verlangt. s. n.

Tagung der Assefath Haniwcharim

Exodus der Revisionisten

Die Arbeiterpartei gegen Legislative Council

Jerusalem, 13. Februar. Vom 9. bis zum 13. Februar fand in Jerusalem die erste Tagung der neugewählten Assefath Haniwscharim statt, in der es zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Parteien kam. Am 13. Februar verließen die 16 Mitglieder der revisionistischen Fraktion geschlossen den Beratungssaal wegen des auf Antrag der Arbeiterpartei gefaßten Beschlusses, nach dem die Entscheidung in der Frage der Beteiligung des palästinensischen Jischuw an den Verhandlungen zwischen Jewish Agency und englischer Regierung, dem Waad Leumi überlassen werden sollte. Da auch Misrachi und die Sephardim

in dieser Frage Schwierigkeiten machten, kam schließlich eine Vereinbarung zustande, wonach die Frage der Teilnahme des Jischuws an den Verhandlungen der Jewish Agency mit der britischen Regierung durch den Waad Leumi nur mit Zustimmung von mindestens zwei der kleinen Fraktionen (Allgemeine Zionisten, Misrachi und Sephardim) positiv entschieden werden darf.

Ben Gurion gab der Versammlung bekannt, daß die Arbeiterpartei gegen den Plan der Einsetzung eines Legislative Council sei, und schlug vor, den Antrag der Permanenzkommission anzunehmen, der dahin geht, die Resolution des früheren Waad Leumi vom 23. Oktober 1930 neu zu bekräftigen. Die damals gefaßte und vom Präsidenten Pinchas Ruthenberg dem High Commissioner Sir John Chancellor mit der Bitte um Weiterleitung an die Londoner Regierung überreichte Resolution lautet: **Der Waad Leumi wird sich an dem in der Erklärung der britischen Regierung vorgesehenen Legislative Council nicht beteiligen und verweigert jeder parlamentarischen Institution, die darauf abzielt, der Errichtung des Jüdischen Nationalheims Hindernisse in den Weg zu legen, seine Anerkennung.**

Bei den am Schlusse der Tagung vorgenommenen Wahlen zum Waad Leumi wurden elf Mitglieder der Arbeiterpartei, vier Sephardim, drei Misrachisten, drei Vertreter der allgemeinen Zionisten, ein Yemenite und eine Vertreterin der Frauenpartei gewählt. Es stehen somit elf Arbeitervertretern 12 Vertreter der anderen Parteien gegenüber. Fünf Sitze wurden außerdem noch den Revisionisten reserviert.

Die bayerischen Bischöfe gegen den Nationalsozialismus

München, 13. Februar. Die Verordnungsblätter der acht bayerischen Diözesen veröffentlichen einen längeren Artikel, in dem es u. a. heißt: Der Nationalsozialismus enthält in seinem kulturgeschichtlichen Programm eine Irrlehre, weil er darin wesentliche Lehrpunkte des katholischen Glaubens ablehnt oder schief auffaßt, und weil er nach Erklärung seiner Führer eine neue Weltanschauung anstelle des christlichen Glaubens setzen will. Führende Vertreter des Nationalsozialismus stellen die Rasse höher als die Religion. Sie lehnen die Offenbarungen des Alten Testaments und sogar die mosaischen Zehn Gebote ab. Sie lassen den Primat des Papstes nicht gelten und spielen mit dem Gedanken einer dogmenlosen deutschen Nationalkirche. Was der Nationalsozialismus Christentum nennt, ist nicht mehr Christentum Christi. Den katholischen Geistlichen ist streng verboten, an der nationalsozialistischen Bewegung in irgendeiner Weise mitzuarbeiten. Die Teilnahme von Nationalsozialisten an gottesdienstlichen Veranstaltungen in geschlossenen Kolonnen in Uniform ist und bleibt verboten.

Gründung einer Ortsgruppe des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus in München.

München, 9. Februar. Namhafte Persönlichkeiten Münchens haben sich zu einer Ortsgruppe des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus vereinigt. In der ersten Versammlung legte der Vorsitzende, Konsul Freiherr v. Falckenhausen, in programmatischer Rede die kommenden Aufgaben dar, die sich nicht allein aus christlicher Nächstenliebe und Sozialethik, sondern vor allem aus der Gefährdung des Bestandes von Volk und Vaterland ergäben. Mit opferwilliger Tatkraft werde die neue Ortsgruppe gegen jedes unduldsame Verhalten des Antisemitismus angehen, gleichviel ob es sich bei Behörden, in der Presse, im Schulwesen, in wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Boykottierung usw. zeige.

Aus der jüdischen Welt

Die Verhandlungen zwischen Jewish Agency und Agudas Jisroel.

Wien, 13. Februar. (JTA.) Von leitender agudistischer Seite wird der „Jüdischen Presse" zu den Berliner Verhandlungen zwischen Vertretern der Jewish Agency und der Agudas Jisroel geschrieben:

Daß das Ergebnis der Verhandlungen über die Frage des Eintritts der Agudah in die Agency besonders ermutigend wäre, wird man bei objektiver Beurteilung nicht behaupten können. Eine Ausschaltung des Kulturwerkes, insbesondere des Schulwerkes, aus dem Aufgabenkreis der Agency und der Übergang dieses Schulwerkes auf die Knesseth Israel sei angesichts der geringen Geneigtheit der palästinensischen Bevölkerung zum Steuerzahlen im höchsten Grade unwahrscheinlich. Wir halten uns für verpflichtet, die öffentliche Meinung vor irgendwelchem Optimismus hinsichtlich eines Erfolges der Verhandlungen über den Eintritt der Agudah in die Agency zu warnen. Auf der anderen Seite können die namentlich in der agudistischen Jugend verbreiteten Befürchtungen, daß die Agudah durch eine Zusammenarbeit mit zionistischen Instanzen in der Reinheit ihrer Prinzipien und der Entschiedenheit ihrer religiösen Stellungnahme Not leiden könnte, in keiner Weise als aktuell bezeichnet werden.

Im zweiten Abschnitt der Berliner Verhandlungen ist über die Möglichkeit eines Zusammenwirkens von Agudah und Agency auf politischem Gebiete gesprochen worden. Dieses Zusammenwirken hat sich in den letzten eineinhalb Jahren insbesonders in Erez Israel wiederholt vollzogen, soweit die politische Leitung der Agudah mit Zustimmung der rabbinischen Führer eine solche Zusammenarbeit angesichts der krisenhaften politischen Lage als geboten betrachtete. Um so merkwürdiger erscheint es den Agudahführern, daß die Vertreter der Agency in der Berliner Verhandlung offenbar in einer etwas gereizten Stimmung sich befanden, weil die Leitung der Agudah es für nötig erachtet hatte, durch ein der Öffentlichkeit inzwischen übergebenes Memorandum der englischen Regierung ihre Stellungnahme zur gegenwärtigen Lage mitzuteilen. Zu einer solchen Gereiztheit lag ein objektiver Anlaß nicht vor. Denn es ist doch selbstverständlich, daß Agudas Jisroel als selbständige und in einem weltanschaulichen Gegensatz zum Zionismus stehende Organisation verpflichtet ist, ihre Wünsche und Anschauungen in einem für die Gestaltung der Palästinapolitik entscheidenden Augenblick in die Wagschale zu werfen. Wenn die Vertreter der Agency in den Berliner Verhandlungen den lebhaften Wunsch äußerten, die Agudah möge sich in außerpolitischer Hinsicht Bindungen auferlegen lassen, so ist dieses Verlangen von den agudistischen Vertretern in aller Entschiedenheit abgelehnt worden. Was die Kommission — bisher ohne Zustimmung der politischen Leitung der Agudah — konzedierte, war lediglich die Übernahme der Verpflichtung, daß Agudah Jisroel im Hinblick auf die noch immer schwierige politische Lage bis auf weiteres keine selbständigen außenpolitischen Aktionen unternehmen werde, ohne vorher den

loyalen Versuch gemacht zu haben, mit der Agency sich auf eine einheitliche politische Linie zu einigen. Gelingt ein solcher Versuch nicht, so ist die politische Executive der Agudah frei, nach Gutdünken selbständig vorzugehen.

Bundeshauptversammlung des RJF in Berlin.

Berlin, 16. Februar. (JTA.) Am 15. Februar fand in Berlin die diesjährige Bundeshauptversammlung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten E. V. statt. Die Versammlung war von Delegierten aus allen Teilen des Reiches und von allen Landesverbänden beschickt.

Weitere Einsprüche Thüringens gegen Ausländereinbürgerungen zurückgewiesen.

Berlin, 13. Februar. (JTA.) Nachdem der Reichsrat in seinen beiden letzten Sitzungen Einsprüche des Landes Thüringen gegen von Preußen und einer Reihe anderer Länder vorgenommene Einbürgerungen von Ausländern zurückgewiesen und die Einbürgerungsakte bestätigt hatte, kamen in der Vollsitzung des Reichsrates am 12. Februar die restlichen 205 Fälle, in denen Minister Frick Einspruch erhoben hatte, zur Erledigung. Frick, der, wie ihm im Reichsrat nachgewiesen wurde, selbst eine Reihe von Ostausländern, die Nichtjuden waren, in den Staatsverband aufnehmen ließ, hatte seine Einsprüche gegen die von Preußen und den anderen Ländern vorgenommenen Einbürgerungen damit begründet, daß durch die Aufnahme rassefremder Elemente die Sicherheit des Reiches gefährdet würde. In den weitaus meisten Fällen, in denen Frick Einspruch erhoben hatte, handelte es sich um die Einbürgerung von Personen jüdischen Glaubens. Bei der gestrigen Behandlung der 205 Fälle gelang es dem Vertreter Thüringens nicht in einem einzigen Falle, die Berechtigung des Einspruches darzutun. In summarischer Abstimmung lehnte der Reichsrat sämtliche Einsprüche ab.

Nach Schluß der Abstimmung gab der Vertreter Thüringens eine Erklärung ab, Thüringen habe in der vorigen Sitzung immerhin einen Erfolg dadurch erzielt, daß es Preußen für die Zukunft zum Übergang von der 10jährigen zur 20jährigen Mindestaufenthaltsfrist für Einbürgerungsbewerber gezwungen habe. Thüringen könne sich mit der summarischen Abstimmung abfinden. Auf diese Erklärung erwiderte der Vertreter Preußens, Ministerialdirektor Dr. Brecht, es zeuge immerhin von einem gewissen Maß von Bescheidenheit, wenn Thüringen, dessen Einsprüche der Reichsrat sämtlich abgelehnt habe, doch einen Erfolg für sich konstruieren wolle. Er müsse darauf hinweisen, daß die Entschließung über die Mindestaufenthaltsdauer von 20 Jahren für Einbürgerungsbewerber von Preußen selbst beantragt, von Thüringen aber bekämpft worden sei.

Hauptausschuß der „Deutschen Studentenschaft" für Numerus clausus.

Berlin, 16. Februar. (JTA.) Auf der Hauptausschußsitzung der „Deutschen Studentenschaft" wurde der Beschluß gefaßt, daß sich in nächster Zeit alle Einzelstudentenschaften mit dem Problem des Numerus clausus „auf volksdeutscher Grundlage" beschäftigen sollen. Durch diesen Beschluß werden also alle Mitglieder der Deutschen Studentenschaft verpflichtet, sich hinter die antisemitische Parole: Ausschluß jüdischer Studenten vom Hochschulstudium, zu stellen.

Schächtverbot in Gotha.

Berlin, 12. Februar. (JTA.) Der Gothaer Stadtrat hat einen nationalsozialistischen Antrag auf Erlaß eines Schächtverbots für Gotha mit 17 gegen 14 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen. Für das Verbot stimmten die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei, dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Deutsche Demokratische Partei und die Kommunisten. Die Deutsche Volkspartei enthielt sich der Stimme.

Die Landespolitik aus dem Programm der zionistischen Organisation Österreichs ausgeschaltet.

Wien, 9. Februar. (JTA.) Der am Sonntag, den 8. Februar, in Wien abgehaltene außerordentliche Parteitag der österreichischen Zionisten beschloß mit 35 gegen 26 Stimmen, die landespolitische Betätigung aus dem Arbeitsprogramm der Zionistischen Organisation Österreichs auszuschalten. In Zukunft wird von den innerpolitischen Aufgaben nur mehr die Kultusgemeindepolitik von der Zionistischen Organisation durchgeführt werden. Gegen diesen Beschluß stimmten die Revisionisten, die von Oberbaurat Robert Stricker geführte Gruppe der Radikalen und die Studenten. Der Abstimmung ging eine zeitweilig stürmisch verlaufende Debatte, in der die Revisionisten die allgemeinen Zionisten unzionistischer Gesinnung beschuldigten, voraus.

Strenge Handhabung der Aufenthaltsvorschriften in Palästina.

Jerusalem, 10. Februar. (JTA.) Die arabische Zeitung „Felestin" hat vor kurzem gemeldet, daß 100 Araber aus dem Hauran aus Palästina ausgewiesen wurden. Auf eine Anfrage wurde der Jüdischen Telegraphen-Agentur von einem hohen Beamten des Einwanderungsamtes bestätigt, daß das Einwanderungsamt die Deportation aller Personen, die ohne Visum im Lande angetroffen werden, angeordnet hat. Eine genaue Angabe der Zahl der in letzter Zeit ausgewiesenen Personen lehnte der Gewährsmann der JTA ab, erklärte jedoch, es dürften annähernd 100 Personen sein, die innerhalb eines gewissen Zeitraums von der Ausweisung betroffen wurden.

Die englische Regierung stimmt der Einsetzung einer dreigliedrigen Landentwicklungskommission für Palästina zu.

Jerusalem, 11. Februar. (JTA.) Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, hat die britische Regierung ihre Zustimmung zur Einsetzung einer Landentwicklungskommission in Palästina, die aus einem Engländer als Vorsitzenden, einem Juden und einem Araber bestehen soll, gegeben. Die Nominierung des jüdischen und des arabischen Mitglieds der Kommission erfolgt durch die jüdische, resp. arabische nationale Vertretung.

Die O'Donnell-Kommission kürzt das Budget der Palästina-Regierung um 300 000 Pfund.

Jerusalem, 9. Februar. (JTA.) Die unter der Führung von Sir Samuel Perry O'Donnell stehende Finanzkommission beabsichtigt, eine Kürzung des Budgets der Palästina-Regierung um 300 000 Pfund vorzunehmen. Zunächst werden vermutlich die Gehälter der Regierungsbeamten um 10 Prozent herabgesetzt werden.

Ein jüdischer Kleinkaufmann nach 15monatigem Aufenthalt aus Palästina ausgewiesen.

Mängel in der gesetzlichen Regelung der Palästina-Einwanderung.

Jerusalem, 9. Februar. (JTA.) Nach 15monatigem Aufenthalt in Palästina wurde der 36jährige Israel Yaroschewsky wegen Nichtbesitzes einer Aufenthaltsbewilligung zu einer Geldstrafe von 20

Pfund und Landesverweisung verurteilt. Die palästinensischen Zeitungen geben die Geschichte der Einwanderung Yaroschewskys nach Palästina und seines Aufenthalts im Lande ausführlich wieder, um die Aufmerksamkeit der Regierungskreise und der Öffentlichkeit auf gewisse Mängel in der gesetzlichen Regelung des palästinensischen Einwanderungswesens und die Härten hinzulenken, die sich aus der buchstabengemäßen Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen durch die Einwanderungsbeamten ergeben.

Yaroschewsky kam in Begleitung seiner Eltern auf Grund eines Touristenvisums im Oktober 1929 nach Magdiel zu seinem Bruder, der dort eine Orangenpflanzung besitzt. Nach sechs Wochen wurde Yaroschewsky vom Dorfrat von Ain Hai eine zweijährige Konzession für einen Gemischtwarenhandel angeboten. Yaroschewsky entschloß sich, dauernd im Lande zu bleiben, nahm das Angebot an und investierte etwa 500 Pfund in dem Geschäft. Gleichzeitig reichte er ein Gesuch um Übernahme in den Einwanderungsstatus ein. Dem Gesuch war eine Abschrift des Vertrages mit dem Dorfrat beigefügt. Ein Einwanderungsbeamter untersuchte den Sachverhalt und hob von Yaroschewsky die Kopfsteuer von einem Pfund, der alle Einwanderer unterworfen, von der aber Touristen befreit sind, ein. Yaroschewsky konnte daher mit Recht glauben, daß die Regierung, wenigstens provisorisch, ihre Einwilligung zu seinem dauernden Aufenthalt gegeben habe. Zu seinem Erstaunen erhielt er drei Monate später die Verständigung, daß sein Gesuch abgewiesen worden sei. Er wandte sich an die zionistischen Behörden um Intervention, übergab eine Geschäftsbilanz und andere Dokumente und führte sein Geschäft in der Überzeugung, daß die ihm zugekommene Verständigung auf einem Verstoß seitens der Behörden beruhe, fort.

Im Mai erhielt er die Verständigung, daß ihm die Aufenthaltsbewilligung verweigert worden sei, und daß er das Land spätestens am 9. Juni verlassen müsse. Daraufhin richtete Yaroschewsky eine Appellation an den High Commissioner. Abermals wurde er aufgefordert nachzuweisen, daß er Kapital besitze. Yaroschewsky wies nach, daß er ein Bankguthaben von 400 Pfund besaß. Hierauf erhielt er die Aufforderung, einen Bargeldvorrat von 1000 Pfund nachzuweisen. Da ihm dies nicht möglich war, wurde er verhaftet, angeklagt und zu der erwähnten Geldstrafe, sowie Landesverweisung verurteilt.

Aus Briefen, die Yaroschewsky aus Polen erhalten hat, geht hervor, daß der britische Einwanderungsbeamte in Warschau dem Palästina-Amt der Zionistischen Organisation Vorwürfe gemacht hat, weil es Yaroschewsky ein Touristenvisum besorgt habe, obwohl „seine Absicht, in Palästina zu bleiben, von Anfang an feststand".

Zahlreiche jüdische Touristen haben in letzter Zeit die Erlaubnis zu dauernder Niederlassung in Palästina erhalten. Wahrscheinlich wollte der Leiter des englischen Einwanderungsamtes durch die rigorose Behandlung des Falles Yaroschewsky ein abschreckendes Beispiel geben. In jüdischen Kreisen Palästinas ist man über die behördliche Entscheidung im Falle Yaroschewskys äußerst bestürzt, da die Einwanderung in Form von dauernder Niederlassung von Touristen sich in den letzten Monaten zu einem nicht unbeträchtlichen Teil der jüdischen Gesamteinwanderung entwickelt hat.

Feuilleton

Neujahrsfest der Bäume

Aus Jerusalem schreibt uns eine jetzt dort lebende Münchnerin:

In Beth-Hakerem, einem in den letzten Jahren aufgeblühtem Vorort, feierte Jerusalem einen Nationalfeiertag, das „Neujahrsfest der Bäume". Am 2. Februar morgens um 10 Uhr begann es.

4000 Schulkinder, große und kleine, kamen in langem Zuge. Musik begleitete sie und jede Klasse trug ihr Schulbanner. Sie versammelten sich auf einer herrlichen, von Bergen umgebenen Wiese und vergnügten sich mit Spielen, Tänzen und Gesängen.

Sonst werden aus diesem Anlaß immer Bäume gepflanzt, was jedoch heuer, infolge des Schmitteljahres, unterblieb.

Das Wetter war wie in Europa im Mai. Der Himmel von einem durchsichtigen, mit weiß gemischten Blau, kein Wind und die Sonne strahlte mit Kindergesichtern um die Wette.

Etwa 2000 Menschen waren Zuschauer. Hauptsächlich Jemeniten und Araber, die sich mit Frau, Kind und Freßkörben einfanden, um die Gratisvorstellungen anzusehen.

An diesem Tag hätte man glauben können, das jüdische Volk kenne die Sorge nicht. Es war ein Jubel und eine Fröhlichkeit ohnegleichen.

Auf dem Festplatz taten sich alle 10 Schritte Gruppen von Jungens und Mädels, getrennt und vereint, zusammen, um Hora zu tanzen. Auf den umliegenden Hügeln lagen und saßen in dichten Reihen die Zuschauer verstreut.

Zwischen den Tanzenden schritten alte Juden mit langen Bärten und großen Kästen und boten ihre Waren feil wie: Feigen, Datteln, Nüße, Orangen, Bananen, Selterwasser usw. Alte Judenfrauen, in deren Gesichtern die Not und der Kummer der 4000 Jahre alten Rasse eingegraben sind, locken mit heiseren Stimmen Käufer für ihre Spielsachen an.

Gelehrte Juden mit Pajes und Kaftan winden sich durch die Menge und in ihren Augen mischt sich Freude mit dem Wissen um die Religion.

Lehrer tummeln sich mit Schülern. Junge Juden singen und lachen, weil es eben doch schön ist, trotz Kampf und Anfeindung. Und die Alten freuen sich, weil es die Jungen tun.

Warum soll man ihnen die Freude nehmen, wo ihnen doch wie ihren Vorfahren Leid und Sorge nicht erspart bleiben?

Da sitzen die Alten und wiegen die Köpfe, die Sonne scheint wie vor 4000 Jahren und Enkel spielen zu ihren Füßen.

Und sie sind gewandert und wieder gekommen und sie werden wandern und wiederkommen.

Die Jungen sind nicht anders als die Alten und das Ziel heißt „Erez-Israel".

Viki Spinner, Jerusalem.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Lehrkurse der Israelitischen Kultusgemeinde. Mittwoch, 25. Februar, 20.15 Uhr, Bibliotheksaal. Dritter Vortrag Rabbiner Dr. Harry Levy (Regensburg): „Judentum und philosophische Weltanschauung. Drei moderne Versuche ihrer Auseinandersetzung: S. R. Hirsch, Hermann Cohen, Franz Rosenzweig."

Zionistische Ortsgruppe München. Herr Moses Waldmann, Redakteur der „Jüdischen Rundschau" und Berliner Mitarbeiter unseres Blattes, berührt auf einer Süddeutschlandreise München und wird am Samstag, 21. Februar, abends 8.30 Uhr, auf Einladung der Zionistischen Ortsgruppe im Saale des Hotels Rheinischer Hof, Bayerstraße 21, einen Vortrag über „Jüdische Jahresbilanz" halten. Die kenntnisreichen und immer interessanten Artikel Waldmanns werden in unseren Lesern auch den Wunsch erweckt haben, den Autor kennen zu lernen, der an diesem Abend gewiß Gelegenheit nehmen wird, von einem weltumfassenden Standpunkt aus jüdische Fragen zu beleuchten.

Am Mittwoch, 25. Februar, abends 9 Uhr, spricht Herr Rabbiner Dr. Harry Levy (Regensburg) im Konferenzzimmer des Hotels Deutscher Kaiser, Bahnhofplatz, über das Thema „Zionismus und Religion". Herr Dr. Levy ist ein bekannter Vertreter der gesetzestreuen Richtung im deutschen Zionismus; man sollte es nicht versäumen, seine Anschauungen kennen zu lernen.

Am 5. März wird Schmarja Lewin auf seiner Deutschlandreise auch in München einen Vortrag halten. Nähere Mitteilungen folgen noch.

Jungzionistischer Arbeitskreis. Der von Herrn Ernst Eisen geleitete Geschichtskurs wird am Montag, 23. Februar, abends 8.30 Uhr, im Jugendheim fortgesetzt.

Hebräische Sprachkurse, München

In sämtlichen Kursen werden neue Schüler aufgenommen. Geschlossene Gruppen von mindestens 6 Personen haben die Möglichkeit, separat Unterricht zu erhalten. Auskunft im Unterrichtslokal, Herzog-Rudolf-Straße 1. Telephon 297449.

Sprechstunde des Herrn Dr. Percikowitsch: Mittwoch 3.30—4.30 Uhr.

Stundenplan:

Mo	7.15—8.15 Kurs II	8.30—10 Uhr Esra-Kurs	—	—
Di	4.30—5.30 Kinderkurs I	5.30—7 Uhr KJV.-Kurs	7.30—9 Uhr Kurs V	9—10 Uhr Kurs I
Mi	2.30—4 Uhr Kinderkurs III	5.15—6.15 Kinderkurs II	6.45—8.30 Kurs III/IV	—
Do	7.15—8.15 Kurs II	8.15—9 Grammatikkurs	9—10.15 Uhr Bibelarbeitsgemeinschaft	—
Sa	5.30—7.30 Anfängerkurs	8—10 Uhr Lehrlingsheim	—	—

Leiter der Kurse: Dr. A Percikowitsch.

*

Die Hebräischen Sprachkurse nehmen Lehrbücher für unbemittelte Schüler leihweise oder geschenkt entgegen. Es werden jetzt gesucht: 22 Lehrbücher von Moses Rath, eine Anzahl Bibeln.

30 Chaluzim auf der Durchreise nach Erez Israel, meistens aus Litauen, kamen am Dienstag, 17. Februar, durch München. Die ziehen mit frohen Hoffnungen und optimistisch gestimmt in die neue Heimat. Am Bahnhof hatten sich mehrere Münchener Zionisten eingefunden.

Wochenprogramm der V.J.St. Jordania im K.J.V. Montag, 8.30 Uhr, Geschichtskurs Ernst Eisen; Dienstag, 8.30 Uhr, Schlußkonvent hochoff.

Gesamtausschuß der Ostjuden

Die Mitglieder des Gesamtausschusses werden auf den am Samstag, dem 21. Februar, abends 8.30 Uhr, im Rheinischen Hof, Bayerstraße 21, stattfindenden Vortrag des Herrn Moses Waldmann (Redakteur der Jüdischen Rundschau) aufmerksam gemacht und gebeten, diesen zahlreich zu besuchen.

Die Vorstandschaft.

Bar-Kochba, Sportabteilung. Wir machen schon heute unsere Handballspieler darauf aufmerksam, daß am Sonntag, 1. März, ein Handballspiel gegen Post Reserve stattfindet. Gespielt wird auf dem Postsportplatz an der Arnulfstraße. — Jeden Mittwoch, abends von 8—10 Uhr, findet das Training der Leichtathleten und Handballer in der großen Halle des Sportvereins Sendling statt. Die Halle ist am besten mit Straßenbahnlinie 6, Haltestelle Sendlinger Weinbauer, Plinganserstraße, zu erreichen. Mit Rücksicht auf die kommende Leichtathletiksaison und Handballserie sind alle Aktiven zur Teilnahme an den Trainingsabenden verpflichtet.

Die Leitung.

Bar-Kochba, München. Dienstag, 24. Februar, abends halb 9 Uhr, findet im Jüdischen Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße, eine wichtige Vorstandssitzung statt. Alle Mitglieder der Vorstandschaft, sowie alle Abteilungsleiter haben pünktlich und bestimmt zu erscheinen.

Bar-Kochba, Sportabteilung. Die Spitzenspieler unserer Tischtennisriege haben bei den jüngst stattgefundenen Bayerischen Tischtennis-Meisterschaften erfolgerich abgeschnitten. In schwerster Konkurrenz konnte sich der Münchener Meister Goldstern gut behaupten. Er belegte nach fabelhaften Spielen den 3. Platz und steht somit in der erstrangigen Liste der Bayerischen Tischtennisspieler. Im Herrendoppelspiel erhielt Goldstern mit seinem Münchener Partner Schiodasni die Meisterschaft, während Tbr. Helfeld mit seinem Partner Martius auf den 2. Platz kam. Außerdem kam Goldstern im gemischten Doppel mit seiner Partnerin Frl. Wohlfart auf den 3. Platz. Auf Grund ihrer ausgezeichneten Partien, welche Tbr. Goldstern, Helfeld und Gröbel bei den Bayerischen Tischtennismeisterschaften lieferten, wurden dieselben zum Städtekampf München gegen Nürnberg, der morgen in Nürnberg stattfindet, herangezogen. — Die Sitzung der Fußballer findet nicht am 23. Februar, sondern Montag, 2. März, abends halb 9 Uhr, im Jüdischen Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße, statt.

Die Leitung.

Scholem-Asch-Jubiläumsfeier

Zu dem am Sonntag, dem 1. März 1931, im Cherubinsaal (Hotel Vier Jahreszeiten) stattfindenden Festabend sind eine Fülle von Darbietungen in Vorbereitung. Trotz der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage wurde alles aufgeboten, um einen künstlerischen Erfolg zu sichern und unseren Freunden und Gästen einige festliche Stunden zu bereiten.

Der Abend wird eingeleitet von Chören des jüdischen Gesangvereins unter Leitung von Herrn Kapellmeister Joseph Ziegler. Hierauf folgen: Jiddische Volkslieder, gesungen von Frau Sonja Ziegler; Festrede, gehalten von Schriftsteller Joseph

Löwy; Rezitationen aus den Werken des Jubilars von dem bekannten und beliebten Vortragskünstler M. Bronstein (Berlin) als Gast.

Im zweiten Teil der Feier folgt die ungekürzte Aufführung des Schauspiels „Mit'n Strom" von Scholem Asch. Regie und Mitwirkung von M. Bronstein (Berlin) und den besten Kräften des dramatischen Klubs des Jüdischen Kulturvereins J. L. Perez.

Der Reinertrag fließt kulturellen und wohltätigen Zwecken zu. Karten im Vorverkauf zu 3 und 2 RM. bei D. Horn, Karlstraße 54, D. Kornhauser, Isartorplatz 8 und M. Schumer, Josephspitalstraße 13. Kategoriekarten zu 1 RM. nur an der Abendkasse.

Verein Bickur Cholim, e. V., München

Bei der am 11. Januar 1931 stattgefundenen Generalversammlung mit Neuwahl wurden folgende Herren gewählt: S. Neumann (1. Vors.), J. Iram (2. Vors.), J. Berger (Kassier), J. Keßler (Schriftf.), M. Fleischer (Krankenv.), J. Blau (Krankenv.), M. Philippson (Kassenrev.), M. Kohn (Kassenrev.), J. Landmann (Gabbe), J. Flank (Gabbe).

Bei Gründung unseres überaus wichtigen Vereins vor etwa 30 Jhren haben wir uns zwei Ziele gesteckt: 1. Unterstützung erkrankter Mitglieder, 2. Teilnahme an der Trauer eines von solcher getroffenen Mitgliedes und zwar in der Form, daß wir dem betreffenden Mitgliede den Minjan stellen. Zu diesem Zwecke werden die Mitglieder jeweils mittels Karte aufgefordert, sich an dem ihnen bestimmten Tage in das Trauerhaus zu begeben.

In letzter Zeit besonders haben wir leider die Erfahrung machen müssen, daß der größte Teil unserer Mitglieder diesem Rufe nicht folgte und wir vermochten nur mit schwerer Mühe den Trauernden aus unserer Mitte die Pflichten in dieser Hinsicht zu erfüllen.

Wir appellieren deshalb an das Gewissen unserer verehrlichen Mitglieder und bitten sie dringendst, die gewohnte Indifferenz aufzugeben, wenn es sich um die letzte Ehre des Menschen handelt. Wir müssen sonst gegenüber denjenigen, die die Teilnahme einem anderen versagen und somit die primitivste Menschenpflicht ihrem Nächsten gegenüber verletzen, in einem ähnlichen Falle jede Verantwortung ablehnen.

Die Vorstandschaft des Vereins Bickur Cholim.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 18
vom 10.—17. Februar 1931

Goldenes Buch ZOG, München. Jakob Reich kondoliert Herrn Adolf Misch 2.—, Familie Paul Grünbaum desgleichen 1.—, Schlojme Monheit desgleichen 1.— = 4.—.

Goldenes Buch Bar-Kochba. Die Vorstandschaft des Bar-Kochba kondoliert ihrem Vorstands- und Gründungsmitglied Herrn Adolf Misch zum Ableben seines Vaters 1 B. 6.—.

Goldenes Buch Lea Misliborsky. Familie Orljansky kondoliert Herrn Adolf Misch zum Ableben seines Vaters 6.—.

Dr. Elias Straus Garten. Frau Dr. Isaak Pistiner-Saphir und Familie Paul Grünbaum zum Todestage ihres lieben Dr. Johann Saphir 2 B 12.—.

Spendenbuch. Herr und Frau Dr. Fritz Mandelbaum anläßlich der Bar Mizwah ihres Sohnes 10.—.

Büchsen. Durch Raphael Grünbaum: N.N. 2.44, Frau Stiefelzieher 2.30, Dr. M. Kupfer 1.—, Joseph Ziegler —.50 = 6.24.

Zusammen: 44.24 RM.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930: 2848.— RM.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 15. Februar 1931

Spendenbuch. Dr. Kurt Baruch anläßlich seiner Verlobung 20.—, Herr und Frau Heinz Schönenberg anläßlich 80. Geburtstag ihrer Mutter 2.—.

Allgemeine Spenden. Tellersammlung anläßlich Ortsgruppenabend 6.68, Familie Steinacher anläßlich Ablebens des Herrn Fritz St. 5.—, Familie Schapiro (Burghaslach) anläßlich Todes ihres Kindes 5.—, N.N. löst ein Versprechen ein 3.—.

Bäume für Dr. Hermann Liebstaedters. A. Garten. Es gratulieren Reiner und Ilse Hirsch zur Geburt ihrer Tochter Marion Rosel: Albert Salzer 2.—, Schalom Schapira 2.—, Trude Emrich 1.50, Leo Wißmann 1.—, Paula Altmann 1.—; es gratulieren Herrn und Frau Dr. Werner Bloch (Berlin) zur Geburt ihrer Tochter Eva: Dr. Meinhold Nußbaum und Frau 2.—, Dr. Rudolf Liebstaedter und Frau 2.—.

Wertzeichen: Albert Salzer 1 KKL-Telegramm 50 Rpf.

Büchsenleerung, durchgeführt vom Brith Haolim Nürnberg:

Gesammelt durch Bernhard Fleischmann und Cilla Blumenfeld: Dr. Kurt Dankwerth (Wohnung) 19.65, W. Aufochs 14.45, L. Bieringer 6.55, Hch. Ullmann 6.10, Frau Vorhaus 5.07, Geiershöfer 5.—, Günther Schmidt 4.10, Dr. Julie Rosenthal 3.70, Nathan Nußbaum 3.65, B. Thurnauer 3.20, S. Bergmann 3.07, Fritz Goldschmidt, A. Bieringer je 3.—, Guckenheimer 2.70, Jul. Mendle 2.50, Frau Bing 2.35, Jos. Blumenfeld 2.30, Becker 2.25, Tuchmann, Martin Farntrog, Meta Oppenheimer, Robert M. Kohn, Jakob Metzger je 2.—, S. Sämann 1.80, Dr. Friedmann, Dr. Grünspecht, Madjewski je 1.60, Dr. H. Geßner, Dr. Jos. Haymann je 1.50, Joscowitz 1.30, J. Pachter 1.05, Dr. Frank, Wild, Aufhäuser, E. Feistmann, K. Ottensooßer, Bäuml je 1.—, Frauenfeld —.98, Dr. Guggenheimer —.70, Sal. Ehrlich —.50, Heinemann —.25, Heimann 3.— = 126.02;

durch Leo Laufer 1. Rate: Hch. Leiter 5.—, Abr. Zuckermann, Dir. Jacobsohn je 4.—, Wilhelm Gutmann 5.—, Fritz Bamberger 3.—, Gundelfinger 2.50, Dr. M. Riesenfeld 2.30, Leo Berliner 2.—, Johndorf, Strauß, Katz, Hermann, Dr. Grünbaum, Hammelbacher, Brandeis, Fleischmann, Paul Hamburger je 1.—, Kort 1.30, Einstein, Lipper, Nachmann, Spatz je —.50, Bulka 1.05 = 41.15;

durch Gertrud Charlupski: Dr. Kronacher 5.80, Lecker 3.32, Heinemann 3.25, Breitenbach 3.—, Gärtner 2.29, A. Braun 2.04, Falk, Fleischmann je 2.—, Ehrlich 1.79, Dr. Levin 1.50, Dr. Singer 1.47, Ehrenbacher 1.32, Frank 1.20, Heilbronner, Baer, Goldschmidt, Ellern, Jaffe je 1.—, Holzer, Rothbein je —.50, Bernstein —.36 = 37.34;

durch Else Wolinsky; Adolf Steinhardt 13.40, Silberthau 6.37, Kom.-Rat Manes 3.75, Bendit, A. Bamberger, Gerst je 2.—, Heinemann 1.88, Ing. Heimann, Fichtelberger, J. Frank, Dr. Sulzbacher je 1.— = 35.40.

durch Regina Rapaport: Mendel Nußbaum 5.71, Rich. Erle 5.52, Adolf Reif 3.54, Horwitz 3.30, Leo Katzenberger 3.08, Brandeis 2.—, Maikihl 1.50, M. Katzenberger 1.10, Nanette Götz, Desser, Ch. Katz, Grünbaum je 1.—, Gold —.65, Dr. Bamberger —.55, Kohn —.20 = 31.15;
durch Leo Grünbaum: Lotte und Erna Kissinger 13.04, Ellern 3.04, M. Bein 3.—, Dir. Bier 1.34, Grünbaum 1.63, Dr. Wertheimber 1.05, Franc 1.62, A. Stein —.57, Dr. Löw, Apfel, Fellheimer je —.50, Sigm. Reinauer 3.— = 29.79;
durch Heinz Scheindling: Viktor Reichenberger 12.—, Ing. Heimann, Bern. Freimann je 5.—, Moritz Hirschhorn 2.—, Fleischmann 1.18, Wildpred, Gütermann, Stark je 1.—, Levite —.77 = 28.95;
durch Gusti Wohl und Gisa Berger: Dr. Obermeyer 6.50, Ida Dormitzer 5.60, Jak. Adler, Dav. Altmann je 2.—, Schneebalg 1.35, Zapun 1.25, Schneebalg, Dessauer je 1.—, Schneebalg —.25 = 20.95;
durch Bina Kalter und Tilla Grünbaum: Frau Silber 3.80, Buchmann 2.27, Grünbaum, Dr. Katz je 2.—, Landau 1.80, Schächter 1.58, Hirschheimer 1.01, Schüftan, Geiringer je 1.—, Goldschmidt —.06, Hirschorn 2.19 = 18.71;
durch Issi Dienstag: Emil Rosenfelder 5.—, Oskar Schwarzmann 4.—; Oskar Rosenfelder 2.—, Ernst Grießmann, Höchster je 1.— = 13.—;
durch Frieda Unnah: Sal. Heinemann 4.01, Jakob Späth 2.11, Ad. Rosenfeld 1.90, Weinstock 1.02, Weinschenk 1.—, Schmuckler —.52 = 10.56;
durch Karl Goldmann 1. Rate, Ausweis folgt: 8.65.
durch Lenchen Lecker: Dr. S. Bing 1.09, Salzer 2.66, Rosenfelder —.93 Dr. Strauß —.68 = 5.36;
durch Monio Friedländer: Elkan 5.—, Heinsfurter 4.—, Jos. Baruch 2.50, Landau, Gutmann, Steuer je 1.—, Schwarz, Reischer je —.50 = 15.50;
durch Leo Wißmann: Bechhöfer 2.66, S. Oppenheimer 2.17, Kom.-Rat Kohn 2.—, Schrotter 1.10, Reg. Kann 1.— = 8.93;
einzelne Büchsen: Martin Thurnauer 5.—, Paul Lang 3.50, Kohn 2.70 = 11.20.
Insgesamt: 496.34 RM.
Gesammelt seit 1. Oktober 1930: 2770.73 RM.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München, Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.